

Nr. 5375/18

U 21285 der Beiflagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1993-09-30

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Hafner, Edeltraud Gatterer

und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Pauschalierung von Aufwendungen für die auswärtige
Berufsausbildung von Kindern

Mit dem EStG 1988 sind die Aufwendungen für die auswärtige Berufsausbildung von Kindern mit monatlich ÖS 1.500 pauschaliert worden. Nunmehr vertritt der Senat VII der FLD für Wien, NÖ und Bgld. die Ansicht, daß die Gewährung des Pauschalbetrages nur dann gerechtfertigt ist, wenn zusätzliche Kosten nachgewiesen werden (27.10.1992, 92/416/07, abgedruckt im Finanzjournal 1993, 50).

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage

1. Wie stehen Sie zu der von der genannten FLD geübten Verwaltungspraxis?
2. Können Sie sich der Argumentation des Senates VII der FLD für Wien, NÖ und Bgld., auch unter Berücksichtigung der mit der Einführung der Pauschalierung beabsichtigten Verwaltungsvereinfachung, anschließen und halten Sie den dadurch entstehenden Mehraufwand für gerechtfertigt?
3. Wenn ja, wie hoch ist die dadurch erreichte Einsparung?
4. Wenn nein, welche Schritte werden Sie setzen, um diese Verwaltungspraxis abzustellen?